

# Wochenblatt

## für Bschopau und Umgegend

### Bschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das „Wochenblatt für Bschopau und Umgegend, Bschopauer Tageblatt und Anzeiger“, erscheint wöchentlich. Monatslicher Bezugspreis 1.70 Mk. Zusätzliche 20 Pf. Bestellungen werden in umf. Beschäftigt. von den Verlegern, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Das Wochenblatt für Bschopau und Umgegend (Bschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Bschopau, des Finanzamts und des Stadtrats zu Bschopau behördlich fest bestimmte Blatt.

Anzeigenpreise: Die 40 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 25 Pf.; Nachschlüssel A; Nachweis 25 Pf.; Anzeigengebühren 30 Pf. zuzüglich Porto.

Organ für die Orte: Krumbornsdorf, Waldkirchen, Börnichen, Hohenberg, Willichthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Bilschdorf, Scharfenstein, Schölkben - Vorkendorf

Nr. 34

Sonnabend, den 9. Februar 1935

103. Jahrgang

# „Der Vertrag von Versailles ist tot“

## Garvin über Deutschland und die Londoner Verhandlungen

Garvin über Deutschland und die Londoner Verhandlungen.

Der bekannte Herausgeber der englischen Zeitung „Observer“, Garvin, veröffentlicht in seinem Blatt einen Artikel, in dem er zu den englisch-französischen Besprechungen in London Stellung nimmt. In diesem Aufsatz fordert Garvin Verhandlungen mit Deutschland und den Abschluss eines langjährigen Friedensabkommens. Besonders bemerkenswert ist, daß selbst Herr Garvin, dessen sonst außerordentlich unfreundliche Einstellung zum nationalsozialistischen Deutschland bekannt ist, sich hier zu einer vernünftigen Beurteilung der Forderungen Deutschlands bekannt hat. Garvin führt u. a. aus:

### Die Londoner Besprechungen

Sind nur so weit von fundamentaler Bedeutung, wie sie den Versuch, bessere Voraussetzungen für den Frieden Europas und damit der Welt zu schaffen, fördern. Zu diesem Zweck sind erneute Verhandlungen mit Deutschland eine gebieterische Notwendigkeit. Wenn aber die Möglichkeit überhaupt bestehen soll, Deutschland zum Glied eines neuen Systems zu machen, so muß auf die frühere diplomatische Art und Weise des Herausgehens an ein Problem verzichtet werden. Einige unserer Freunde in Paris halten es jetzt noch für möglich, formell darauf zu bestehen, daß die deutsche Wiederaufrüstung im Lichte des Versailler Vertrages gesehen „unmöglich“ sei. Nichts könnte absurder und nutzloser sein als ein Versuch, diese tote Formel wieder zum Leben zu erwecken.

Der Vertrag von Versailles ist tot, sowohl in bezug auf die Rüstungsfragen als auch auf die Reparationen.

Im Rahmen dieses verhalten und nicht anerkannten Vertragsinstrumentes kann es keine erfol-

reichen Verhandlungen mit Deutschland geben. Das Dritte Reich unter Herrn Hitler kann nur auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung dazu veranlaßt werden, sich zuerst an konstruktiven Besprechungen und später an einem Kollektivsystem zu beteiligen. Es ist jetzt zu edel, Deutschland als Tauschobjekt des Angebot zu machen, es von einem Status der Minderwertigkeit zu befreien, der längst nicht mehr besteht und der ihm niemals wieder aufgebunden werden kann. Deutschland hat sich selbst befreit.

Wer würde den Versuch, es ihm jetzt, da es seine Eisenseiten zerbrochen hat, Fesseln aus Papier zum Zeichen seiner Unterjochung anzulegen?

Überhebliche Annahme irgendwelcher Art beim Herantreten an Deutschland ist genau so wenig am Platz, wie wir sie gegenüber irgendeiner anderen Großmacht für angebracht halten würden. Deutschland wird zu entweder freiwillig in den Völkerverbund zurückkehren oder überhaupt nicht. Die absolute, nicht die bedingte Gleichberechtigung Deutschlands muß als Vorbedingung für irgendwelche Verhandlungen mit Berlin über ein neues System allgemeiner Stabilität und Sicherheit anerkannt werden.

### Das Problem Deutschland

Ist in bezug auf die Zukunft des Friedens und der Rüstungen nicht nur das wichtigste, sondern auch das am nächsten liegende. Da, und an keiner anderen Stelle, liegt der Schlüssel zu den guten oder bösen Geschieden der westlichen Zivilisation. Davon, wie weit London und Paris jetzt zu einer gemeinsamen Erkenntnis der Wahrheit gelangt sind, wird der produktive Wert der zwischen Stalin und Laval und unserem eigenen Premierminister und seinen Kollegen ausgetauschten Ansichten abhängen.

## Der Aufbau des Reichsnährstandes.

Eine weitere Verordnung.

Reichsminister Darré hat jetzt die Vierte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes erlassen, die besonders die auf dem Gebiet der Marktordnung gebildeten Zusammenschlüsse betrifft.

Das Reichsnährstandesgesetz vom 13. September 1933 schuf die gesetzliche Grundlage für den Aufbau des Reichsnährstandes und seiner Marktordnung. Diese will den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse im nationalsozialistischen Sinne so lenken, daß für Erzeuger und Verbraucher volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise entstehen und daß der richtige Ausgleich erzielt wird zwischen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Einzelbetriebe und den Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls.

### Die Marktordnung

mußte schrittweise auf den einzelnen Marktgebieten nach neuen Grundgedanken aufgebaut werden. Es war daher zunächst nicht möglich, mit der Neuorganisation des Marktes den organisatorischen Aufbau des Reichsnährstandes zu belassen, vielmehr mußten zu nächst besondere Zusammenschlüsse für einzelne Wirtschaftsgebiete gebildet werden, selbstverständlich mit dem Endziel, diese nach Ausbau des Reichsnährstandes in dessen Organisation einzubeziehen. Diesen Gedanken trägt die Vierte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes Rechnung.

Die auf dem Gebiet der Marktordnung gebildeten Zusammenschlüsse gehören nunmehr dem Reichsnährstand an und sind ihm unterstellt.

Die früheren Hauptabteilungen III und IV werden zusammengelegt und bilden gemeinsam mit den einzelnen Marktorganisationen (Hauptvereinigungen, Wirtschaftlichen Vereinigungen und Beauftragten) den Grundstock für die Bildung einer neuen Hauptabteilung III. Dem Reichsnährstand steht nunmehr das Recht zu, die Finanzgebarung, die Personal- und Revisionsverhältnisse der Zusammenschlüsse einheitlich zu ordnen.

Der Reichsbauernführer gibt den Zusammenschlüssen die Satzung.

Die Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bedarf. Im übrigen wacht er darüber, daß bei Durchführung der Marktordnung die wirtschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Marktgebiete gebührend berücksichtigt werden, daß die Tätigkeit der Zusammenschlüsse sich mit Gesetz und Satzung im Einklang befindet und daß endlich die händischen Aufgaben des Reichsnährstandes und die Notwendigkeiten von Gesamtwirtschaft und Gemeinwohl Berücksichtigung finden.

Diese Neuregelung bedeutet einen wesentlichen Schritt vorwärts.

Die großen nationalen Ziele: Sicherung der Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes und Höchstleistung der deutschen Erzeugung verbinden sich mit der sozialistischen Forderung, dem gemeinsamen Handeln aller an einem Wirtschaftskreislauf beteiligten Wirtschaftsgruppen im Dienst des Ganzen zum gemeinen Nutzen.

## Der Führer ehrt die norwegischen Helfer beim Seeunfall der „Dresden“.

In Anerkennung der hervorragenden Verdienste und der Hilfsbereitschaft der norwegischen Bevölkerung bei dem Seeunfall des Dampfers „Dresden“ im Juni v. J. hat der Führer und Reichskanzler eine Reihe von Auszeichnungen an die norwegischen Helfer verliehen.

Die Rettungsmedaille am Bande erhielten die Kapitäne Evert Thorildsen des Dampfers „Aong Harald“ und Lars Valleen des Dampfers „Aronprinsesse Märtha“, das Verdienstkreuz des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes wurde vier Herren, darunter Direktor Peter Elias Pedersen, Direktor Axel Lund und Konrad Jakob Dreier. Das Ehrenzeichen der Deutschen Roten Kreuzes wurde vier norwegischen Seelotsen und acht anderen Persönlichkeiten verliehen, die alle in den der Unfallstelle nahegelegenen Ortschaften Stavanger, Gaugesund, Skudenes und Kopervit anständig sind. Außerdem erhielten weitere 15 norwegische Bürger dieser Ortschaften besondere Dankschreiben und zwei Fischer je ein Selogeschent.

## Rote Wühler am Werk

### „Roode Front“ in Holland

Die Hintergründe des scharfen Vorgehens der niederländischen Behörden gegen die nach Holland emigrierten deutschen Kommunisten ergeben sich aus den aufsehenerregenden Informationen des in Batavia erscheinenden „Java-Rode“, die interessante Einblicke auf die planmäßigen revolutionären Aktionen dieser gefährlichen Elemente in Holland und in den niederländischen Kolonien werfen. Nach den Ausführungen des Blattes ist seit einiger Zeit eine kommunistische Sabotageorganisation

am Werk, die sich aus den verschiedensten Gebieten betätigt und die über die ganze Welt verzweigt ist. Die Organisation, die sich in Holland „Roode Front“ nennt, habe einen Spionage- und Kontrolldienst aufgezogen, der bereits in zahlreichen Fällen das Postgeheimnis verletzt habe. Im übrigen sei die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß die Roode-Front-Organisation durch einen Sabotageakt

### auch die „Uiver“-Katastrophe verursacht

habe. Vor allem werde eine intensive Propagandaaktion unter dem Schiffsabtripspersonal betrieben. Die Mitglieder der Roode-Front-Organisation sähen in fast allen lebenswichtigen Betrieben und warteten auf die Parole zu einem einheitlichen Vorgehen.

### „Bligdemonstrationen“ in Amsterdam.

Die kommunistische Agitation in Amsterdam hält trotz des scharfen Vorgehens der Polizei gegen die Demonstranten an. Immer wieder finden sich auf Straßen und Plätzen Sprechkreise zusammen, die die Freilassung der festgenommenen deutschen Kommunisten fordern. Es handelt sich um die Taktik sogenannter „Bligdemonstrationen“, die in der Art des Guerilla-Krieges gegen die Polizei durchgeführt werden. Bei der Ausführung einer Demonstration mußte die Polizei von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Überall mußten heimlich angebrachte Transparente mit hebräischen Inschriften entfernt werden.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die niederländische Regierung jetzt in schärfster Weise gegen

die Mitglieder der kommunistischen Sabotageaktion vorgeht, die insbesondere in niederländischen Steinlohlenbetrieben an der deutschen Grenze arbeiten, wo infolge der Einführung neuer Lohnsenkungsmahnahmen die Stimmung als für kommunistische Einschüchterungen besonders geeignet betrachtet werden muß.

## Internationale Bekämpfung des Marxismus

In Genf wurde ein Internationales Institut zur Bekämpfung des Marxismus gegründet. Zweck dieser Neugründung ist der Kampf gegen Kommunismus und gegen Sozialismus auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Jedoch ist das Institut nicht gegen die Sowjetregierung gerichtet. Vorsitzender ist der bekannte Antimarkist Theodor Aubert, der als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gegen die 3. Internationale schon seit Jahren auf diesem Gebiet tätig ist.

### Der Sowjet-Haushalt

In der Sitzung des Volkswirtschaftsausschusses der Sowjetunion wurde der Vorschlag für das Jahr 1935 in Einnahmen mit 65 900 551 000 Rubel und in Ausgaben mit 65 400 551 000 Rubel bestätigt.

## Deutsch-französische Getreideverhandlungen.

Oberpräsident Koch in Paris.

Wie die Nachrichtenagentur Havas aus Paris meldet, hat dort Landwirtschaftsminister Caffez den Oberpräsidenten von Ostpreußen, Koch, empfangen, der sich im Einvernehmen mit seiner Regierung mit ihm über ein Angebot der deutschen Getreidehändler zum Ankauf von französischem Futtermittel unterhalten habe. Der Gesandte Coulonbre, Direktor im Außenministerium, und der Direktor für Landwirtschaft, Brassart, hätten an der Unterredung teilgenommen.